

**NIEDERSCHRIFT**  
**ÜBER DIE 14. SITZUNG DES KREISTAGS DES RHEIN-LAHN-KREISES**  
**IN DER 9. WAHLPERIODE AM 15. OKTOBER 2012**  
**IN BAD EMS**

---

**Es sind anwesend:**

**A. Vorsitzender:**

Herr Landrat Günter Kern

**B. Kreisbeigeordnete:**

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram Nievern *(bis 18.36 Uhr/bei TOP 7)*

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Klöckner Winden

Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim Obernhof

**C. Mitglieder des Kreistages:**

Frau Monika Becker

Winden

Herr Klaus Bingel

Holzhausen *(bis 18.34 Uhr/bei TOP 7)*

Herr Matthias Boller

Lahnstein

Herr Dieter Clasen

Weisel

Herr Bernhard Didinger

Osterspai

Herr Christoph Ferdinand

Lahnstein

Herr Manfred Friesenhahn

Weisel

Herr Raimund Friesenhahn

Dahlheim *(bis 18.52 Uhr/bei TOP 9b)*

Frau Erika Fritsche

Winden

Herr Lars Gemmer

Kördorf

Herr Günter Groß

Lahnstein

Herr Werner Groß

Lahnstein *(bis 18.40 Uhr/bei TOP 7)*

Herr Bernd Hartmann

Gemmerich

Herr Karl Werner Jüngst

Niederneisen

Herr Heinz Keul

Fachbach

Herr Horst Klöppel

Katzenelnbogen *(bis 18.44 Uhr/nach TOP 8)*

Herr Werner Konrad

Lahnstein

Herr Hans-Josef Kring

Lykershausen *(bis 18.39 Uhr/bei TOP 7)*

Herr Peter Labonte

Lahnstein

Herr Matthias Lammert

Diez

Frau Gabriele Laschet-Einig

Lahnstein

Herr Johannes Lauer

Lahnstein

Herr Ulrich Lenz

Katzenelnbogen

Herr Jürgen Linkenbach

Dausenau

Herr Dietmar Meffert

Diez

Herr Leo Neydek	Kemmenau
Herr Josef Oster	Bad Ems
Herr Frank Puchtler	Oberneisen
Herr Udo Rau	Nassau <i>(bis 18.34 Uhr/bei TOP 7)</i>
Herr Peter Schleenbecker	Katzenelnbogen <i>(bis 18.46 Uhr/bei TOP 9b)</i>
Herr Ralph Schleimer	Holzhausen
Herr Michael Schnatz	Diez
Herr Heinz Scholl	Braubach
Frau Nuriye Soyudogan	Katzenelnbogen
Frau Gertrude Stoy-Niel	Kestert
Herr Birk Utermark	Bad Ems <i>(bis 18.41 Uhr/nach TOP 7)</i>
Frau Irmtraud Wahlers	Fachbach
Herr Mike Weiland	Kamp-Bornhofen
Herr Edi Wolf	Lahnstein
Frau Rita Wolf	Braubach <i>(bis 18.30 Uhr/bei TOP 7)</i>

**D. Es fehlen entschuldigt:**

Herr Karl Peter Bruch	Nastätten
Herr Carsten Göller	Nochern
Herr Ernst-Georg Peiter	Miehlen
Herr David Schneider	Kestert
Herr Emil Werner	Nastätten
Herr Heike Winter	Miehlen

**E. Von der Verwaltung:**

Frau Büroleiterin Ute Hahn  
Herr stellvertr. Büroleiter Friedhelm Rücker  
Herr Geschäftsbereichsleiter Hans-Ulrich Schöberl  
Herr Abteilungsleiter Bernd Menche  
Herr Abteilungsleiter Jürgen Nickel  
Herr Abteilungsleiter Markus Feigk  
Herr Abteilungsleiter Bernd Dietrich  
Frau Abteilungsleiterin Andrea Kleinmann  
Frau Abteilungsleiterin Roswitha Kästner  
Herr Abteilungsleiter Dr. Gerwin Dietze  
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri  
Herr Abteilungsleiter Reinhard Labonte  
Herr 1. Werkleiter Werner Haupt  
Herr Werkleiter Günter Müller  
Frau Personalratsvorsitzende Monique Menzel  
Herr Uwe Gilberg-Rindsfüßer  
Frau Severin Holl

Herr Jürgen Pirrong  
Frau Inge Schwantuschke  
Herr Ralf Zimmerschied

**F. Schriftführer:**

Herr Manuel Minor

**G. Gäste:**

- Frau Filiz Achhammer, Frau Ute Wagner und Frau Marlies Beck, Beirat für Migration und Integration des Rhein-Lahn-Kreises (*bis einschließlich TOP 4*),
- Herr Daniel Junghans und Herr Stephan Pauly, Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH (*TOP 5a bis einschließlich TOP 7*),
- Herr Tobias Luy, Rhein-Lahn-Zeitung,
- Auszubildende und Gastauszubildende der Kreisverwaltung Rhein-Lahn,
- Bürgerinnen und Bürger

Der **Vorsitzende** eröffnet die öffentliche Sitzung des Kreistags um 16.35 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen die mit Schreiben vom 02. Oktober 2012 vorgelegte Tagesordnung der öffentlichen Kreistagssitzung werden *keine* Änderungswünsche vorgetragen bzw. Einwendungen erhoben, so dass diese wie folgt einstimmig beschlossen wird:

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Ehrung eines Kreistagsmitglieds
3. Nachwahl in Ausschüsse des Kreistags und weitere Gremien
4. Tätigkeitsbericht über die Arbeit des Beirats für Migration und Integration des Rhein-Lahn-Kreises
5. Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;
  - a) Jahresrechnung des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2011
  - b) Beratung und Beschlussfassung über die Nachtragshaushaltssatzung mit dem Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 (inkl. Anlagen)
6. Eigenbetrieb „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“;
  - a) Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 des Eigenbetriebes „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“
  - b) Optimierung der Altpapiereinsammlung; Einführung von Altpapiersammelbehältern
7. Ergänzung des Nahverkehrsplans des Rhein-Lahn-Kreises (Linienbündelung)
8. Mitteilung über eine Eilentscheidung;  
Zweckverband Tierkörperbeseitigung – Rückforderung von Umlagezahlungen aufgrund des Beschlusses der EU-Kommission vom 25.04.2012

9. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder;
  - a) Anträge der FWG-Kreistagsfraktion vom 07.06.2012 und 28.6.2012 zur Vornahme von Erschütterungsmessungen im Mittelrheintal und der Aufnahme einer rechts- bzw. linksrheinischen Alternativtrasse insbesondere für den Güterverkehr der Bahn in das LEP IV
  - b) Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion vom 07.06.2012 zum Katastrophenschutz im Mittelrheintal
  - c) Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.10.2012 zum Schulzentrum Lahnstein
10. Einwohnerfragestunde
11. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes
  - a) Aktuelles zur Mittelrheinbrücke

## Öffentliche Sitzung:

### Punkt 1:

#### **Genehmigung der Niederschrift**

Gegen die allen Mitgliedern des Kreistags vorgelegte Niederschrift über die 13. Sitzung des Kreistags in der 9. Wahlperiode am 26. März 2012 werden *keine* Änderungswünsche vorgetragen bzw. Einwendungen erhoben, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

### Punkt 2:

#### **Ehrung eines Kreistagsmitglieds**

Der **Vorsitzende** zeichnet Herrn Karl Werner Jüngst für seine 25-jährige Mitgliedschaft im Kreistag mit der Dankurkunde des Landkreistags Rheinland-Pfalz aus und überreicht ihm nach einer kurzen Laudatio ein Präsent.

**Herr Jüngst** bedankt sich für die Auszeichnung und richtet einige Worte an die Kreistagsmitglieder. Solange der Spaß noch größer sei als der Ärger, werde er sein politisches Engagement fortführen, um für die Menschen in seiner Heimatregion etwas bewegen zu können.

### Punkt 3:

#### **Nachwahl in Ausschüsse des Kreistags und weitere Gremien**

Der **Vorsitzende** erläutert die Vorlage. Dabei informiert er, dass seitens der CDU-Kreistagsfraktion *Herr Frank Hochegger, Bad Ems*, für die Wahl zum stellvertretenden Mitglied in

der Verbandsversammlung Schloss Balmoral vorgeschlagen worden sei. Ebenfalls weist er darauf hin, dass *Frau Ilona Braun, Bad Ems*, ihr Mandat im Kreisrechtsausschuss zwischenzeitlich auch schriftlich niedergelegt habe.

Gemäß § 33 Absatz 5 Landkreisordnung (LKO) beschließt der Kreistag zunächst einstimmig die Durchführung der Nachwahlen offen per Handzeichen.

Der Kreistag wählt anschließend einstimmig die von den vorschlagsberechtigten Kreistagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU vorgeschlagenen Personen in die entsprechenden Gremien:

- Kreisausschuss:  
ordentliches Mitglied: **Herr Leo Neydek**, Kemmenau (*Nachfolger von Frau Wahlers*);
- Bau- und Umweltausschuss:  
ordentliches Mitglied: **Herr Ulrich Wahlers**, Fachbach (*Nachfolger von Herrn Quiram*),  
stellvertretendes Mitglied: **Herr Michael Christ**, Lahnstein (*Nachfolger von Herrn Wahlers*);
- Schulträgerausschuss:  
ordentliches Mitglied: **Frau Erika Fritsche**, Winden (*Nachfolgerin von Herrn Neydek*);
- Beisitzerin im Kreisrechtsausschuss:  
**Frau Marion Reiter**, Flacht (*Nachfolgerin von Frau Braun*);
- Verbandsversammlung Schloss Balmoral:  
stellvertretendes Mitglied: **Herr Frank Hochegger**, Bad Ems (*Nachfolger von Herrn Ody*).

**Herr Neydek** dankt Frau Wahlers für ihr langjähriges Engagement im Kreisausschuss und überreicht ihr im Namen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Präsent.

#### **Punkt 4:**

#### **Tätigkeitsbericht über die Arbeit des Beirats für Migration und Integration des Rhein-Lahn-Kreises**

Der **Vorsitzende** begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die anwesenden Mitglieder des Beirats für Migration und Integration des Rhein-Lahn-Kreises. Nach einer kurzen Einleitung in die Thematik bittet er Frau Wagner, 2. stellvertretende Beiratsvorsitzende, den gemäß § 1 Abs. 7 der Beiratssatzung vorgesehenen Zwischenbericht über die Tätigkeiten des Beirats vorzutragen.

**Frau Wagner** bedankt sich zunächst für die Einladung und die Möglichkeit, über die Ziele des Beirats und die seit der Wahl im Jahr 2009 durchgeführten Projekte berichten zu können. Im Laufe ihres Vortrages (**Anlage 1**) geht sie u. a. auf das im Jahr 2009 geänderte Wahlrecht, die Umbenennung des Ausländerbeirats in den Beirat für Migration und Integration, die Aufgaben und Themenschwerpunkte des Beirats sowie auf verschiedene Beiratsprojekte ein. Insbesondere weist sie auf die im Mai 2013 im Kreishaus stattfindende und unter der Schirmherrschaft von Herrn Landrat Kern stehende Kunstausstellung mit dem Titel „Kunst verbindet – Integration durch Kultur“ hin, an der alle Künstler/innen mit Migrationshintergrund aus dem

Gebiet des Rhein-Lahn-Kreises teilnehmen könnten. Eine entsprechende Ausschreibung und Bewerbung der Ausstellung sei bereits erfolgt.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Frau Wagner für den informativen Vortrag und hebt hervor, dass der Beirat seit der Neuwahl und Neuzusammensetzung im Jahr 2009 insgesamt wieder sehr aktiv engagiert sei.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen den Tätigkeitsbericht des Beirats für Migration und Integration des Rhein-Lahn-Kreises zur Kenntnis.

### **Punkt 5:**

#### **Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;**

##### **a) Jahresrechnung des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2011**

**Herr Landrat Kern** macht zunächst auf die Sitzungsvorlage und die darin dargestellte Entwicklung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2011 aufmerksam und übergibt anschließend den Vorsitz gemäß VV Nr. 4 zu § 114 Gemeindeordnung (GemO) und § 29 Landkreisordnung (LKO) an das älteste anwesende Kreistagsmitglied, **Herrn Bernhard Didinger**.

Der **Vorsitzende, Herr Didinger**, erteilt das Wort dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Jüngst, mit der Bitte um Erläuterung der Jahresrechnung und des Prüfberichts.

**Herr Jüngst**, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, verweist anschließend auf die Sitzungsvorlage und den allen Kreistagsmitgliedern vorliegenden Prüfbericht des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes. Er erläutert die wesentlichen Punkte der Rechnungsprüfung sowie der Niederschrift über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 12.09.2012. Abschließend beantragt er für den Rechnungsprüfungsausschuss, dem Landrat und den Kreisbeigeordneten – soweit diese den Landrat vertreten haben – gem. § 57 LKO in Verbindung mit § 114 GemO für die Jahresrechnung 2011 Entlastung zu erteilen.

Nachdem sich keine Nachfragen ergeben, stellt der **Vorsitzende** den Antrag des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, dem Landrat und den Kreisbeigeordneten – soweit diese den Landrat vertreten haben – für das Haushaltsjahr 2011 die Entlastung zu erteilen sowie über den Jahresabschluss 2011 zu beschließen, zur Abstimmung.

Einstimmig erteilt der Kreistag dem Landrat und den Kreisbeigeordneten, soweit diese den Landrat vertreten haben, gemäß § 57 Landkreisordnung in Verbindung mit § 114 Gemeindeordnung Entlastung und beschließt die Jahresrechnung des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2011.

**Herr Didinger** übergibt den Vorsitz anschließend wieder an **Herrn Landrat Kern**.

## b) Beratung und Beschlussfassung über die Nachtragshaushaltssatzung mit dem Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 (inkl. Anlagen)

Der **Vorsitzende** weist einleitend darauf hin, dass in den beiden zurückliegenden Jahren jeweils ein Finanzzwischenbericht erstellt worden sei, dies im laufenden Jahr jedoch aufgrund wesentlicher Veränderungen im Rahmen der Investitionen nicht möglich gewesen sei.

So seien zum einen insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung der Baumaßnahmen am Schulzentrum Lahnstein auf Grund der Kostenentwicklung die Auszahlungsansätze anzupassen, zum anderen ergäben sich bei den Verpflichtungsermächtigungen Veränderungen bei den Investitionsmaßnahmen im Schulbau, bei der Schulbauförderung, den Kreisstraßen und der Investitionsförderung im Bereich der Kindertagesstätten.

Auf Grund dieser Entwicklungen sei die Verwaltung letztlich dazu verpflichtet gewesen, die haushaltmäßige Umsetzung durch den Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung vorzunehmen. Gleichzeitig seien sonstige größere Haushaltsfortschreibungen, wie beispielsweise Einsparungen im *Teilhaushalt 6 – Soziales* und der Bedarf an Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite, aktualisiert worden.

Insgesamt seien 26 wesentliche Ergebnisveränderungen zu verzeichnen (Vorbericht, Seiten 8 und 9) – davon 15 Verbesserungen und 11 Verschlechterungen. Die vier wesentlichen Verbesserungen stellten sich wie folgt dar:

- Teilhaushalt 6 – Soziales:
  - o Aufwand: 57,43 Mio. €, Defizit: 26,67 Mio. € → Verbesserung: 994 T€;
- Teilhaushalt 7 – Jugend und Familie:
  - o Aufwand: 45,2 Mio. €, Defizit: 25,0 Mio. € → Verbesserung: 326 T€;
  - o allein auf den Bereich der Kindertagesstätten entfalle ein Defizit in Höhe von 11,56 Mio. € (bei einem Gesamtaufwand in Höhe von 26,88 Mio. €);
- Zinsaufwendungen:
  - o Aufwand: 2,68 Mio. € → Verbesserung: 998 T€;
- Unterhaltung von Gebäuden:
  - o durch die Zurückstellung der energetischen Sanierung des Schulzentrums Diez habe man 324 T€ eingespart (*die Maßnahme werde 2013 umgesetzt*);
- Schülerbeförderung:
  - o Verbesserung: 198 T€ (u. a. durch eine erhöhte Landeszuweisung aufgrund des Wegfalls des Eigenanteils des Kreises).

Hinsichtlich der Verschlechterungen weist er u. a. darauf hin, dass sich insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen aufgrund des veränderten Grundbetrages eine Verschlechterung in Höhe von 153 T€ ergeben habe.

Des Weiteren informiert der **Vorsitzende**, dass sich der Jahresfehlbetrag im Ergebnishaushalt von 11.618.660 € um 23,8 % auf 8.850.714 € vermindere. Im Finanzhaushalt sinke der negative Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen entsprechend um 2.767.946 € auf 5.608.013 €. Trotz der aufgezeigten Verbesserungen habe man somit nach wie vor leider eine unangemessene und desaströse Situation im Kreishaushalt 2012 zu verzeichnen.

Weiterhin führt er aus, dass sich der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und somit auch der Bedarf an Investitionskrediten um 1.445.975 € (rd. 48 %) von 2.976.835 € auf 4.422.810 € erhöhe, wohingegen der Bedarf an Liquiditätskrediten um 2.827.946 € (rd. 26 %) auf 7.923.013 € sinke.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen sei nach den Beratungen im Kreis- und Finanzausschuss noch um 210.000 € angepasst und somit auf 959.378 € festgesetzt worden, was einer Erhöhung um insgesamt 338.878 € entspreche. Grund für die Anpassung sei, dass aufgrund einer neuen Straßenzustandsbewertung ein längeres Teilstück der K 77 (Nastätten – Bettendorf) ausgebaut werden könne.

Hinsichtlich des Stellenplans weist er u. a. darauf hin, dass insbesondere aufgrund der Neuberechnung der Schulsekretärinnenstunden nach dem sog. „WIBERA-Gutachten“ eine Erhöhung zu verzeichnen sei. Aber auch die Neubesetzungen im Bereich des „Allgemeinen Sozialen Dienstes“ (ASD) und die aufgrund einer personellen Veränderung notwendig gewordene Aufstockung einer Arztstelle im Gesundheitsamt hätten zur Steigerung beigetragen.

Zusammenfassend stellt der **Vorsitzende** abschließend fest, dass es sich teilweise um Einmaleffekte gehandelt habe, die zur Verbesserung der Haushaltssituation geführt hätten. Gleichzeitig bleibe es unverändert, dass der Sozialbereich auch in der Zukunft eine große finanzielle Belastung darstellen werde. Ohne Anpassungen im Bereich des Finanzausgleichs und ohne eine weitere zusätzliche Übernahme von Sozialleistungen durch Bund bzw. Land werde man einem Haushaltsausgleich nicht näher kommen können. Daher würden die Beratungen über den Haushalt 2013 sicherlich nicht angenehmer werden.

**Herr Puchtler** weist darauf hin, dass der Nachtragshaushalt insbesondere eine Anpassung des ursprünglichen Haushaltsplanes an die reale Entwicklung sei, so dass man hier kaum Spielräume habe. Die langfristigen Risiken seien seines Erachtens die Zinsaufwendungen sowie die Grundsicherungskosten. Er signalisiert abschließend die Zustimmung der SPD-Kreistagsfraktion zum vorliegenden Nachtragshaushalt und bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Vorarbeit.

**Herr Lammert** zeigt sich zwar erfreut darüber, dass der Fehlbedarf um rd. 2.76 Mio. € gesunken sei, bemerkt aber zugleich, dass sich der Fehlbedarf dennoch auf einem sehr hohen Niveau befinde. Auch seien die dargestellten Verbesserungen teilweise leider nur Einmaleffekte, die im Rahmen der anstehenden Haushaltberatungen für 2013 neu analysiert und bewertet werden müssten. Insbesondere sei fraglich, wie lange sich das erfreulich niedrige Zinsniveau noch halten werde. Auch bleibe abzuwarten, inwiefern sich die zum 1.1.2014 anstehenden Veränderungen im Bereich des Finanzausgleichs positiv auf den Kreis auswirken würden. Es sei zumindest ein positives Signal und ein Anfang, dass die Beteiligung des Bundes im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Jahr 2013 immerhin auf 75 % und im Jahr 2014 auf 100 % ansteigen werde. Abschließend signalisiert er die Zustimmung der CDU-Kreistagsfraktion.

**Herr Hartmann** signalisiert ebenfalls die Zustimmung der FWG-Kreistagsfraktion. Die dargelegten Verbesserungen seien zwar erfreulich, insgesamt habe sich der Haushalt seines Erachtens jedoch nicht wirklich verbessert – man müsse nämlich vielmehr froh sein, dass die



Gemeinden derzeit so stark seien, was schließlich zu höheren Einnahmen durch die Kreisumlage und somit der Gesamtverbesserung geführt habe. Ohne diese Einnahmenerhöhung durch die Kreisumlage in Höhe von rd. 5,3 Mio. € hätte sich der Kreishaushalt nämlich weiter verschlechtert. Grundstein der Verbesserungen sei die niedrige Arbeitslosenquote im Kreisgebiet, so dass man seines Erachtens alles dafür tun müsse, diese weiter niedrig zu halten.

**Frau Becker** bedankt sich für die sehr gute Vorarbeit der Finanzabteilung und signalisiert die Zustimmung der FDP-Kreistagsfraktion zum vorliegenden Nachtragshaushalt, der bereits im Kreis- und Finanzausschuss ausführlich diskutiert worden sei.

Die Verbesserungen im Sozialbereich und bei den Zinsaufwendungen seien zwar positive Einmaleffekte, langfristig benötige der Kreis aber eine breitere Unterstützung von Seiten des Landes und des Bundes. Erste Signale hierfür könnten zwar bereits wahrgenommen werden, letztlich müsse aber abgewartet werden, was unter dem Strich für die Kreise herauskomme.

**Herr Neydek** weist darauf hin, dass sich insgesamt keine strukturellen Änderungen ergeben hätten. Er bemerkt positiv, dass die Planzahlen sehr seriös und gut geschätzt gewesen seien. Entsprechend dem Votum im Kreis- und Finanzausschuss werde die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Nachtragshaushalt heute ebenfalls zustimmen.

**Herr Lenz** weist darauf hin, dass die Beschäftigungssituation im Kreisgebiet zwar gut sei, dies jedoch auch mit dem seines Erachtens relativ niedrigen Lohnniveau zusammenhänge. Er kündigt abschließend seine Enthaltung an, da sich die Kreistagsfraktion Die Linke bereits bei der Abstimmung über den Ursprungshaushaltsplan 2012 enthalten habe.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt der **Vorsitzende** den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei einer Stimmenthaltung die Nachtragshaushaltssatzung und den Nachtragshaushaltsplan (inkl. Anlagen) für das Haushaltsjahr 2012 in der vorliegenden Fassung.

#### **Punkt 6:**

**Eigenbetrieb „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“;**

**a) Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 des Eigenbetriebes „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“**

Der **Vorsitzende** erläutert detailliert die vorliegende Sitzungsvorlage.

Ohne weitere Aussprache beschließt der Kreistag einstimmig, den Jahresabschluss zum 31.12.2011 des Eigenbetriebes „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“ in der vorliegenden Fassung und mit dem dargestellten Ergebnis festzustellen und den Jahresgewinn in Höhe von 2.037.578,98 € zur teilweisen Abdeckung des zum 31.12.2010 bilanzierten Verlustvortrages in Höhe von 2.867.104,13 € zu verwenden; ein noch nicht abgedeckter Verlustvortrag in Höhe von 829.525,15 € ist auf neue Rechnung vorzutragen.

## b) Optimierung der Altpapiereinsammlung; Einführung von Altpapiersammelbehältern

Der **Vorsitzende** erläutert die vorliegende Sitzungsvorlage sowie das beigefügte Arbeitspapier zur Optimierung der Altpapiereinsammlung und macht ergänzende Anmerkungen. So gehe die Verwaltung aufgrund von Erfahrungswerten von einer Mengensteigerung an eingesammelten Altpapier von bis zu 15 % aus.

**Herr Puchtler** informiert, dass er hinsichtlich der Einführung der Altpapiertonne sehr viel positive Resonanz aus allen Bevölkerungsteilen und Generationen erhalten habe. Dies unterstreiche den guten Vorschlag des Werksausschusses. Insgesamt sei die Einführung eine sinnvolle Sache, so dass die SPD-Kreistagsfraktion dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen werde.

**Herr Lammert** signalisiert die überwiegende Zustimmung seiner Kreistagsfraktion. Auch er habe vorwiegend positive Resonanz seitens der Bürgerinnen und Bürger erhalten. Die vorgeschlagene Regelung sei insgesamt eine saubere Sache und verbessere die Arbeitsbedingungen erheblich. Ebenfalls zeigt er sich davon überzeugt, dass die Optimierung der Altpapiereinsammlung dem Kreis auch einen zusätzlichen Ertrag einbringen werde.

Auch **Herr Hartmann** signalisiert die Zustimmung seiner Kreistagsfraktion zum vorliegenden Beschlussvorschlag. Er sehe gar keinen Weg, die Optimierung der Altpapiereinsammlung *nicht* wie vorgeschlagen umzusetzen, da das Kreislaufwirtschaftsgesetz die qualifizierte Altpapiersammlung vorziehe. Daher könne man nur auf diesem Wege privaten Anbietern zuvorkommen und sich somit auch entsprechende Einnahmen sichern. Schließlich würden wesentliche Teile der Müllgebühren mit dem Erlös durch die Altpapiereinsammlung abgedeckt werden, so dass die Sammlung durch private Anbieter eine Gebührenerhöhung für die Bürgerinnen und Bürger zur Folge haben würde. Daher seitens der FWG-Kreistagsfraktion uneingeschränkte Zustimmung zur Einführung der Altpapiersammelbehälter, auch wenn es in Einzelfällen durchaus zu Platzproblemen bei der Aufstellung kommen könne.

**Herr Schleimer** kündigt die Zustimmung der FDP-Kreistagsfraktion an. Nach gründlichen Beratungen sei dies letztlich eine Abwägungsentscheidung gewesen, da es sicherlich auch Gründe dafür gebe, der Einführung einer Altpapiertonne kritisch gegenüber zu stehen. Die vorgeschlagene Lösung sei jedoch praktikabel, komme den Bedürfnissen der Bürger entgegen und Sorge durch die Einnahmen auch dafür, dass die Bürger hinsichtlich der Gebührenerhöhung entlastet würden, so dass man sich letztendlich pro Einführung entschieden habe.

Auch **Frau Fritsche** begrüßt die Einführung der blauen Tonne und signalisiert die Zustimmung der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Hervorzuheben seien insbesondere die verbesserten Arbeitsbedingungen bei der Altpapiereinsammlung und der Komfort für die Bürger, sowie die Stabilisierung der Abfallgebühren durch die Sicherung der Einnahmen. Außerdem könne man somit der „Rosinenpickerei“ der Privatwirtschaft einen Riegel vorschieben.

**Herr Lenz** schließt sich den Ausführungen von Frau Fritsche an. Dennoch sollte man seines Erachtens darüber nachdenken, das gesamte Abfallkonzept in kommunale Hand zu übernehmen, da dies seines Erachtens für die Angestellten sowie für den Kreis aus finanzieller

Sicht wahrscheinlich insgesamt besser wäre. Dennoch sei der vorliegende Vorschlag des Werksausschusses ein guter Schritt in die richtige Richtung, so dass die Kreistagsfraktion Die Linke diesem zustimmen werde.

**Herr Oster** regt an, die Abfuhrtage der blauen Tonne möglichst mit anderen Abfuhrtagen zu kombinieren, damit nicht an jedem Tag Abfalltonnen an den Straßenrändern stünden.

Bezugnehmend sagt der **Vorsitzende** zu, diese Anregung weiterzugeben. Ob dies mit dem Vertragspartner letztlich möglich sei und vereinbart werden könne, müsse abgewartet werden.

**Herr Boller** kündigt an, sich bei der Abstimmung zu enthalten, da verschiedene Zahlen für ihn nicht nachvollziehbar bzw. realistisch seien. Dies habe er auch in den Vorberatungen des Werksausschusses zum Ausdruck gebracht.

Der Kreistag beschließt mit 39 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung die flächendeckende Einführung von Altpapiersammelbehältern zur Optimierung der Altpapier einsammlung im Landkreis; die Gefäßausstattung erfolgt mit 240 l MGB (Regelgefäß), 120 l MGB (in Ausnahmefällen) sowie 1,1m<sup>3</sup> Umleerbehälter.

Die Sammelbehälter werden mit grauem Korpus und blauem Deckel ausgestattet.

Die Einführung der Altpapiersammelbehälter soll im 2. Quartal 2013 erfolgen.

Abschließend bittet der **Vorsitzende** die Fraktionen um die Benennung von Mitgliedern für die Arbeitsgruppe zur Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes Rhein-Lahn.

### **Punkt 7:**

#### **Ergänzung des Nahverkehrsplanes des Rhein-Lahn-Kreises (Linienbündelung)**

Der **Vorsitzende** begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Stephan Pauly und Daniel Junghans vom Verkehrsverbund Rhein-Mosel.

Einleitend informiert er, dass es im kommenden Jahr zu einer Tarifierhöhung kommen werde; eine Zwischentarifierhöhung habe man in harten Verhandlungen abwehren können.

Unter Bezugnahme auf die vorliegende Sitzungsvorlage weist er darauf hin, dass sich die bisherige Praxis der linienbezogenen Genehmigung von Verkehrsleistungen mit Omnibussen in den nächsten Jahren stärker zur Genehmigung sowie Ausschreibung bzw. Auferlegung von Teilnetzen (Linienbündeln) entwickeln werde. Damit werde die Festlegung von Linienbündeln wesentlich an Bedeutung gewinnen, um zu vermeiden, dass künftig bei der Neukonzessionierung bzw. Verlängerung von Genehmigungen nur noch verkehrsstarke und somit lukrative Linien Berücksichtigung fänden.

Die vorgesehene Ergänzung des noch gültigen Nahverkehrsplanes aus dem Jahre 1998 diene dem Ziel der Gewährleistung wirtschaftlicher Lösungen für den Rhein-Lahn-Kreis als ÖPNV-Aufgabenträger (für die lokalen Buslinien), für den Zweckverband SPNV Rheinland-Pfalz Nord (für die RegioLinien) und für die jeweiligen Verkehrsunternehmen.

Im Anschluss bittet der **Vorsitzende** Herrn Pauly um ergänzende Erläuterungen.

**Herr Pauly** bedankt sich zunächst für die Einladung und verweist auf die sehr detaillierte und umfangreiche Sitzungsvorlage.

Insbesondere aufgrund des demographischen Wandels sei die Situation des ÖPNV als dramatisch anzusehen. Gerade durch die rückläufigen Schülerzahlen gingen die – bisher quasi sicheren – Umsätze aus der Schülerbeförderung stark zurück, währenddessen das Leistungsangebot jedoch in der Regel aufrechterhalten bleiben oder aufgrund von beispielsweise Ganztagschulen sogar noch ausgeweitet werden solle. Dies treffe insbesondere den ländlichen Raum sehr hart. Es bestünde somit die Gefahr, dass Regionen geschaffen würden, die komplett ÖPNV-frei seien, so dass sich die Frage stelle, wie man das Leistungsvolumen des ÖPNV in der Fläche künftig absichern bzw. aufrechterhalten könne.

In den Jahren 2012 und 2013 würden von den insgesamt 330 Linienkonzessionen etwa 150 auslaufen bzw. zur Wiedererteilung anstehen. Zwar werde es künftig noch einige starke und somit lukrative Linien geben, die sich eigenwirtschaftlich – d. h. nicht aus öffentlichen Mitteln, sondern über eigene Einnahmen – finanzieren könnten, denen dann jedoch viele Linien gegenüberstünden, die in die Zuschussbedürftigkeit fallen würden. Um zu vermeiden, dass künftig bei der Neukonzessionierung bzw. Verlängerung von Genehmigungen somit nur noch verkehrsstarke Linien Berücksichtigung finden, sei die Schaffung von Linienbündeln seines Erachtens das am besten geeignete Mittel – denn nur durch die Zusammenführung von starken und schwachen Linien zu Bündeln könne die „Rosinenpickerei“ für die Zukunft vermieden und der ÖPNV in der Fläche gesichert werden.

Auch könne der Kreis durch die Zusammenstellung von Linienbündeln planerische und konzeptionelle Vorgaben machen – was wiederum auch die Autorität des Kreises als Aufgabenträger stärke. Insbesondere die Laufzeiten der einzelnen Konzessionen sollten möglichst synchronisiert werden, um Planungssicherheit zu erlangen. Auch könnten zur Vereinheitlichung der Kommunikation zwischen den verschiedenen Verkehrsunternehmen, der Gestaltung eines einheitlichen Marktauftritts gegenüber den ÖPNV-Kunden und der Optimierung von Infrastrukturinvestitionen der Verkehrsunternehmen zukünftig Qualitätssicherungsverträge für die einzelnen Linien bzw. Linienbündel abgeschlossen werden.

Trotz der Möglichkeit der Linienbündelung könne man jedoch nicht davon ausgehen, dass die derzeitigen Angebote und Leistungen auch zukünftig zu 100 % erhalten bleiben könnten. Dies hänge nämlich u. a. maßgeblich von der demographischen Entwicklung vor Ort ab. Daher werde man künftig vermutlich auch stärker auf nachfrageorientierte Angebotsleistungen zurückgreifen müssen. Diesbezüglich sei in der Verbandsgemeinde Katzenelnbogen mit der Einrichtung des „Einrichbusses“ als Ergänzung zum ÖPNV bereits eine vorbildliche Arbeit geleistet worden.

**Herr Puchtler** sieht in der Wirtschaftlichkeit und der Abdeckung der Fläche die große Herausforderung im Rhein-Lahn-Kreis und im ländlichen Bereich des nördlichen Rheinland-Pfalz. Daher sei der zur Beschlussfassung vorgelegte Vorschlag der richtige Schritt zum richtigen Zeitpunkt. Dennoch sollte man, insbesondere vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeitsfrage, seines Erachtens künftig noch stärker in die Bedarfsorientierung einsteigen.

Positiv sehe er es, dass durch den Abschluss von Qualitätssicherungsverträgen Einfluss auf die Sicherheit, die Qualität und vor allem die Pünktlichkeit genommen werden könne.

**Herr Hartmann** sieht gar keine andere Chance als die Linienbündelung, da auch die schwächeren und weniger lukrativen Linien weiterhin bedient werden müssten.

**Herr Schleimer** sieht es auch so, dass man die be- und entstehenden Problematiken nur mittels Linienbündelung in den Griff bekommen könne. Hinsichtlich bedarfs- und nachfrageorientierter Angebotsleistungen sollte man sich seines Erachtens eng mit dem örtlichen Taxi-gewerbe und der IHK abstimmen, um nicht wettbewerbsrechtliche Probleme zu bekommen.

**Herr Neydek** und **Herr Lenz** signalisieren die Zustimmung ihrer Fraktionen zu dem vorliegenden Beschlussvorschlag.

Es findet eine allgemeine Aussprache statt; **Herr Pauly** beantwortet dabei verschiedene Nachfragen der Gremienmitglieder.

Auf Nachfragen von **Herrn Puchtler** erläutert **Herr Pauly** u. a. hinsichtlich der Reaktivierung der Aartalbahn, dass mit ziemlich großer Sicherheit feststehe, dass die Züge im August 2015 wieder rollen würden. Auch stellt er in Aussicht, dass die Stadt Limburg ab dem Jahr 2014 sehr wahrscheinlich mit dem VRM-Tarif erreichbar sein werde.

Hinsichtlich der Nachfrage von **Herrn Lenz** bezüglich der Einführung eines sog. „Sozialtickets“ weist **Herr Pauly** darauf hin, dass dies ein hochsensibles Thema sei, da im Vorfeld die Finanzierungsberechtigung und die diskriminierungsfreie Umsetzung genauestens abgeklärt werden müssten.

Abschließend stellt der **Vorsitzende** zusammenfassend fest, dass die vorliegende Beschlusslage der erste Schritt auf einem langen Weg sei und sagt zu, die Kreisgremien über weitere Details der Entwicklung des Nahverkehrsplanes auf dem Laufenden zu halten. Er bitte daher, dem vorliegenden Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Kreisausschusses einstimmig die Ergänzung des Nahverkehrsplanes des Rhein-Lahn-Kreises wie folgt:

- Von der im Personenbeförderungsgesetz (PBefG) grundsätzlich vorgesehenen Laufzeit der Liniengenehmigung bis zu 8 Jahren kann bei Vorliegen eines substantiierten ÖPNV-Konzeptes oder Teilen hiervon im Hinblick auf einzelne Linien oder auf Teilnetze im Interesse einer Bündelung abgewichen werden, wenn der Aufgabenträger dieser zugestimmt hat. Als übergeordnete ÖPNV-Konzepte sind der „Rheinland-Pfalz-Takt 2015“ im SPNV und das „RegioLinien-Konzept“ des Zweckverbandes SPNV Rheinland-Pfalz Nord ebenfalls zu beachten.
- Die Nahverkehrsplanung wird um die in **Anlage 2** aufgeführten Aussagen zur Linienbündelung ergänzt.
- Auf Grundlage der von der Gesellschafterversammlung der Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH (VRM) mit Gültigkeit ab 03.12.2009 erlassenen „Allgemeinen Vorschrift über einen einheitlichen Verbundtarif im Verkehrsverbund Rhein-Mosel“ kommt im Rhein-Lahn-Kreis der VRM-Tarif als Höchstattarif i. S. d. EU-VO 1370/2007 zur Anwendung.
- Die Erreichbarkeit des Bahnhofs Limburg (Lahn) zum Tarif des Verkehrsverbundes Rhein-Mosel (VRM) ist zu gewährleisten. Bis zur Anwendung des VRM-Tarifs im

Westerwaldkreis ist für Fahrten zwischen Rhein-Lahn-Kreis und Westerwaldkreis auf den Linien 456, 530 und 557 die Tarifsystematik des VRM als Haustarif ohne Netzwirkung innerhalb des Westerwaldkreises anzuwenden. Bis zur Anwendung des VRM-Tarifs im Westerwaldkreis ist für Fahrten zwischen Rhein-Lahn-Kreis und Stadt Koblenz über das Gebiet des Westerwaldkreises (Linien 460 und 557) die Tarifsystematik des VRM als Haustarif ohne Netzwirkung innerhalb des Westerwaldkreises anzuwenden.

- Bei der Erbringung von Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr auf Straße und Schiene sind die Bestimmungen des Landestariftreuegesetzes (LTTG) in der jeweils geltenden Form durch die ausführenden Beförderungsunternehmen und ihre Nachunternehmen einzuhalten.
- Voraussetzung für die Erteilung einer Genehmigung für Linienverkehre nach PBefG ist der Abschluss eines Qualitätssicherungsvertrages mit der Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH (VRM) zu Fahrzeug- und Haltestellenausstattung, Fahrgastinformation, Fahrpersonalqualifikation, Kommunikation und Vertrieb, soweit dies mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen vereinbar ist.

#### **Punkt 8:**

##### **Mitteilung über eine Eilentscheidung;**

##### **Zweckverband Tierkörperbeseitigung – Rückforderung von Umlagezahlungen aufgrund des Beschlusses der EU-Kommission vom 25.04.2012**

Der **Vorsitzende** erläutert die Vorlage und die Gründe für die am 27.09.2012 im Wege der Eilentscheidung nach § 42 Landkreisordnung getroffene Entscheidung, Klage beim Verwaltungsgericht Trier gegen den Zweckverband Tierkörperbeseitigung wegen Rückforderung der Verbandsumlage zu erheben.

Ohne weitere Aussprache nehmen die Mitglieder des Kreistages die folgende, am 27.09.2012 im Wege der Eilentscheidung nach § 42 Landkreisordnung getroffene Entscheidung zustimmend zur Kenntnis:

Erhebung der Klage beim Verwaltungsgericht Trier gegen den Zweckverband Tierkörperbeseitigung wegen Rückforderung der Verbandsumlage.

#### **Punkt 9:**

##### **Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder;**

- a) **Anträge der FWG-Kreistagsfraktion vom 07.06.2012 und 28.06.2012 zur Vornahme von Erschütterungsmessungen im Mittelrheintal und der Aufnahme einer rechts- bzw. linksrheinischen Alternativtrasse insbesondere für den Güterverkehr der Bahn in das LEP IV**

**und**

## **b) Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion vom 07.06.2012 zum Katastrophenschutz im Mittelrheintal**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage sowie die der Sitzungsvorlage beigefügten ausführlichen Zusammenfassungen der Stellungnahmen der jeweils zuständigen Ministerien.

Unter Bezugnahme auf die Sitzung des Kreisausschusses am 20.08.2012 weist er darauf hin, dass in den Beratungen angeregt worden sei, den Ergänzungsantrag der FWG-Kreistagsfraktion dahingehend zu erweitern, sich nicht nur auf die Aufnahme der Alternativtrasse in das Landesentwicklungsprogramm IV (LEP IV) zu beschränken, sondern vielmehr auch den Bundesverkehrswegeplan 2015 entsprechend mit einzubeziehen. Daher sei der ursprüngliche Antrag in der heute vorliegenden Beschlussvorlage entsprechend ergänzt worden.

**Herr Scholl** bedankt sich zunächst für die detaillierten Informationen und geht nochmals kurz auf die Gefahren durch Erd- bzw. Hangrutschungen ein. Seines Erachtens müssten Hangmessungen – auch weit über den Schienentrassen – vorgenommen werden, um die Ursachen und Verursacher feststellen und die betroffenen Bürgern somit unterstützen zu können.

Es folgt eine kurze Aussprache.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen und Ergänzungen mehr ergeben, stellt der **Vorsitzende** den vorliegenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreistag nimmt die Beantwortung der Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion zum Katastrophenschutz im Mittelrheintal vom 07.06.2012 zur Kenntnis.

Weiterhin nimmt der Kreistag die Stellungnahmen zu den Anträgen der FWG-Kreistagsfraktion vom 07.06.2012 und 28.06.2012 zur Vornahme von Erschütterungsmessungen im Mittelrheintal und der Aufnahme einer rechts- bzw. linksrheinischen Alternativtrasse insbesondere für den Güterverkehr der Bahn in das LEP IV zur Kenntnis und beauftragt den Landrat einstimmig, sich bei der Landes- und Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

- a) die vom Verkehr ausgehenden Erschütterungen in den Ortslagen weiterhin und darüber hinaus in den Hängen des Mittelrheintals umfassend gemessen werden, der Kreistag bei der Auswahl der Messpunkte beteiligt wird und die Messergebnisse nach Möglichkeit bis Ende 2012, spätestens aber vor der Ausweitung des Güterverkehrs am Mittelrhein veröffentlicht werden;
- b) analog der im 10-Punkte-Programm „Leiser Rhein“ für Schallemissionen vorgesehenen Messstationen unter Beteiligung des Kreistags auch Dauer-Messstationen für Erschütterungen in den Ortslagen und den Hängen des Mittelrheintals installiert werden;
- c) die Belastung der Umwelt durch Feinstaub und CO<sub>2</sub>-Emissionen gemessen und hierfür Dauer-Messstationen eingerichtet werden;
- d) rechts- oder linksrheinisch eine Alternativtrasse insbesondere für den Güterverkehr der Bahn in das LEP IV aufgenommen wird und die Aufnahme einer alternativen Güterverkehrsstrecke zum Mittelrheintal in den Bundesverkehrswegeplan 2015 erfolgt.

### c) Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.10.2012 zum Schulzentrum Lahnstein

Der **Vorsitzende** beantwortet die Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.10.2012 zum Schulzentrum Lahnstein wie folgt:

- *Wie ist der aktuelle Sachstand der Baumaßnahme am Schulzentrum in Lahnstein?*  
Die Mensa und das neue Schulhof-WC im Untergeschoss der Mensa seien nach den Osterferien 2012 in Betrieb genommen worden. Die neuen naturwissenschaftlichen Räume seien zwischenzeitlich alle in der Nutzung. Der Aufzug sei baulich fertig gestellt und solle in Betrieb genommen werden, sobald die Aufstockung komplett ist. Die Aufstockung auf der Helmestalseite sei nahezu bezugsfertig – nach dem Setzen der Rauchschutztüren Ende Oktober könne die Nutzung erfolgen. Die Aufstockung der Schulhofseite werde ca. vier Wochen zeitversetzt zu der Helmestalseite fertig, so dass die Aufstockung dann im Dezember nutzbar sei.
- *Wie wird die neue Schulmensa angenommen?*  
Die Mensa werde gut angenommen, aktuell würden durchschnittlich 210 Essen pro Tag ausgegeben (davon ca. 125 vom Gymnasium und ca. 85 von der Realschule). Auf Wunsch der Schulen sei ein internetbasiertes Bezahl- und Bestellsystem eingerichtet worden, so dass die Schüler/innen über das Internet aus dem Wochenspeiseplan ausgewählte und vorbestellte Speisen mit einem Chip abholen könnten.
- *Wie ist der aktuelle Sachstand wegen des eingetretenen Wasserschadens während der Baumaßnahme?*  
Der Kreis habe Schadensersatz gegenüber den Architekten geltend gemacht. Zu dem laufenden Verfahren könnten zum derzeitigen Zeitpunkt keine weiteren Detailinformationen in der Öffentlichkeit gegeben werden.
- *Sind rechtliche und finanzielle Konsequenzen zu erwarten?*  
Dies hänge von dem Ausgang des laufenden Gerichtsverfahrens ab.

Der Kreistag nimmt die Beantwortung der Anfrage der CDU-Anfrage vom 11.10.2012 zum Schulzentrum Lahnstein zur Kenntnis.

Auf Nachfrage von **Herrn Lammert** hinsichtlich der Neukonzeptionierung der Förderschulen im Rhein-Lahn-Kreis gibt der **Vorsitzende** einen kurzen Sachstandbericht.

Derzeit sei man – in enger Abstimmung mit der ADD – dabei, neue Wege, Konzepte und insbesondere die bestehenden Räumlichkeiten auszuloten und zu bewerten. Er betont, dass daher bislang noch keinerlei Entscheidungen getroffen worden seien. Man müsse sich zunächst ein fundiertes Gesamtbild erarbeiten, um dann eine politische Meinung zu bilden.

Unter Bezugnahme auf die Presseberichterstattung kritisiert der **Vorsitzende**, dass mit dem Kreis in dieser Sache nicht geredet worden sei. Wäre dies geschehen, hätte man im Vorfeld



einige Unklarheiten beseitigen können. Es sei nun ein gemeinsamer Termin mit den Förder-schulleitungen vereinbart worden, um zeitnah grundsätzliche Dinge zu diskutieren. Hinsichtlich der zeitlichen Schiene gehe er derzeit davon aus, dass die Verwaltung den zuständigen Gremien frühestens im kommenden Frühjahr konkrete Vorschläge vorlegen könne; gegebenenfalls werde dann eine zusätzliche Schulträgerausschusssitzung im Frühjahr 2013 einberufen.

### **Punkt 10:**

#### **Einwohnerfragestunde**

Es liegen *keine* Einwohnerfragen vor.

### **Punkt 11:**

#### **Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes**

##### a) Aktuelles zur Mittelrheinbrücke

Der **Vorsitzende** weist auf die Berichterstattungen in der Presse hin, denen aus Sicht der Verwaltung derzeit nichts hinzuzufügen sei.

Unter Bezugnahme auf die letzte Kreistagssitzung geht der **Vorsitzende** in diesem Zusammenhang jedoch auf eine noch offene Frage hinsichtlich des erweiterten Fährbetriebes im Mittelrheintal ein (*Tagesordnungspunkt II.4.*). So habe Herr Schleimer um Mitteilung gebeten, ob seitens der Landesregierung gegebenenfalls EU-rechtliche – insbesondere vergabe- und beihilferechtliche – Probleme hinsichtlich des erweiterten Fährverkehrs gesehen würden. Diesbezüglich informiert er, dass das Ministerium des Inneren, für Sport und Infrastruktur (ISIM) zu dieser Frage ein Rechtsgutachten im Oktober 2011 in Auftrag gegeben habe. Ergebnis dessen sei, dass die freihändige Vergabe nach den allgemeinen Vergabevorschriften rechtlich möglich und EU-konform sei.

##### Anmerkung zur Niederschrift:

*Den Kreistagsfraktionen wurde im November je ein Exemplar des Gutachtens zur Verfügung gestellt.*

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Informationen zur Kenntnis.

##### b) Erstellung eines Kreisentwicklungskonzeptes

Der **Vorsitzende** informiert, dass der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 17.09.2012 den Auftrag zur Erstellung eines Kreisentwicklungskonzeptes erteilt habe.

Dabei sei auch die Bitte geäußert worden, eine unterstützende *Arbeitsgruppe* zu bilden. Nach kurzer Aussprache werden dafür die folgenden Teilnehmer/innen benannt: *Herr Puchtler (SPD), Herr Lammert (CDU), Herr Scholl (FWG), Frau Becker (FDP), Herr Neydek (Bündnis 90/Die Grünen) und Herr Lenz (Die Linke).*

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Informationen zur Kenntnis.

c) Beteiligungen des Rhein-Lahn-Kreises – Süwag-Aktienpaket

Unter Bezugnahme auf die Berichterstattung in der Presse, informiert der **Vorsitzende** kurz über die gescheiterten Verkaufsverhandlungen zwischen RWE und den kommunalen Anteilseignern. Die Preisforderungen von RWE seien letztlich viel zu hoch und eine Verhandlungsbereitschaft nicht vorhanden gewesen.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Informationen zur Kenntnis.

d) Sitzungsplan 2013

Der **Vorsitzende** weist auf den vorgelegten Sitzungsplan für das Jahr 2013 hin und bittet um Kenntnisnahme und Beachtung.

Auch erinnert er in diesem Zusammenhang an die Vorberatung des Haushalts 2013 mit den Fraktionsvorsitzenden und Kreisbeigeordneten am 25.10.2012 im Kreishaus.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf mehr ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 14. Sitzung des Kreistags in der 9. Wahlperiode um 19.06 Uhr.

**Der Vorsitzende:**

gez.

(Günter Kern)  
Landrat

**Der Schriftführer:**

gez.

(Manuel Minor)